

## Trump wird den Ukraine-Krieg nicht aufgeben

30. Mai 2025 | M.K. Bhadrakumar

Eines der Rätsel des Endspiels in der Ukraine besteht darin, dass Präsident Donald Trump am 20. Januar keine Durchführungsverordnung erlassen hat, die jegliche Unterstützung für die Ukraine aufhebt. Das wäre der einfachste Weg gewesen, den Krieg zu beenden.

Die Voraussetzungen waren günstig: Kandidat Trump nahm kein Blatt vor den Mund, dass es sich um einen aussichtslosen Krieg handelte, der die USA teuer zu stehen kam; er hielt Präsident Wolodymyr Zelensky für einen schamlosen Trittbrettfahrer; er sah den Krieg als Hindernis für seine außenpolitische Priorität, den Übergang der USA zu einer multipolaren Weltordnung; und er sah sich nicht gezwungen, Bidens Krieg zu übernehmen.

Stattdessen stürzte sich Trump mit Elan in die Ukraine-Frage, obwohl Washington nicht über die Mittel verfügte, Russland zu Kompromissen bei seinen Kerninteressen in einem von der russischen Bevölkerung als existenziell angesehenen Krieg zu bewegen.

Es ist durchaus möglich, dass einige von Trumps Beratern ihn zu dieser theatralischen diplomatischen Aktion überredet haben, weil sie den Stand des Krieges falsch eingeschätzt haben. Trump glaubte, dass die westlichen Sanktionen die russische Wirtschaft tödlich schwächten, dass Russland Hunderttausende von Opfern zu beklagen habe und ein so hoher Verschleiß nicht zu verkraften sei, dass Zelensky auf der gepunkteten Linie unterschreiben würde, dass eine Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen eine „Win-Win-Situation“ mit massiven wirtschaftlichen Vorteilen für beide Seiten darstellen würde usw.

Doch all diese Prämissen haben sich als falsch erwiesen. Putin hat die Wirtschaft in einen Zustand permanenter westlicher Sanktionen gelenkt (was auch die sowjetische Erfahrung war). Russische Unternehmer haben die im Zuge der Sanktionen geflohenen westlichen Unternehmen erfolgreich ersetzt und werden sich nun gegen deren Wiedereintritt wehren.

Russlands Opferzahlen sind viel niedriger als die selbstgefälligen westlichen Schätzungen, wie die hohe Zahl der Rekrutierungen in der Armee zeigt. Zelensky ist entschlossen, den Krieg mit Unterstützung der europäischen Mächte gemäß Bidens Drehbuch zu verlängern, um den Krieg „Trump-sicher“ zu machen. Die Europäer haben nicht nur einen Plan B, sondern auch Kollaborateure innerhalb der USA, von denen einige vielleicht sogar zu Trumps Team gehören.

Es genügt zu sagen, dass Trump eine Lernkurve durchlaufen hat, als er zu spüren begann, dass der Kreml entschlossen ist, die Ziele zu verwirklichen, die er sich selbst gesetzt hat (wie in Putins historischer Rede im Außenministerium im vergangenen Juni dargelegt). In einem Reuters-Bericht von vor zwei Tagen hieß es: „Putin will eine ‚schriftliche‘ Zusage der westlichen Großmächte, das von den USA geführte NATO-Bündnis nicht nach Osten zu erweitern – kurz gesagt, er schließt die Mitgliedschaft nicht nur der Ukraine und Georgiens, sondern auch Moldaus und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken formell aus.“

„Russland möchte auch, dass die Ukraine neutral ist, dass einige westliche Sanktionen aufgehoben werden, dass die Frage der eingefrorenen russischen Staatsgelder im Westen geklärt wird und dass russischsprachige Menschen in der Ukraine geschützt werden“ – so Reuters.

Die Europäer werden sich über solche Forderungen lustig machen. Daher scheint ein Durchbruch bei den Friedensgesprächen zwischen Russland und der Ukraine am 2. Juni in Istanbul unwahrscheinlich. Es überrascht nicht, dass Russland seine Offensivkampagne in alle Richtungen fortsetzt und alle seine Kräfte einsetzt, wobei der Höhepunkt für den Sommer oder Frühherbst geplant ist.

### **Die am wenigsten schlechte Option**

Unter diesen Umständen hat Trump drei Möglichkeiten. Die eine ist, sich einfach zu weigern, die Verantwortung für den Krieg zu übernehmen und für immer zu verschwinden. Aber kann Trump in seiner ersten Amtszeit (2016-2020) seine eigene Beteiligung an diesem Krieg leugnen? Während die Trump-Administration ihren außenpolitischen Ansatz als „prinzipientreuen Realismus“ bezeichnete, kam Joseph Nyes Charakterisierung von Trump als „eigentümlicher Realist“ der Wahrheit vielleicht näher.

Die offizielle Politik der Regierung Trump in Bezug auf die Ukraine während ihrer ersten Amtszeit war eine Fortsetzung der von der Regierung Obama verfolgten Politik. Sie erkannte die Krim als Teil der Ukraine an, verurteilte die Besetzung und schließlich die Annexion der Halbinsel durch Russland; sie unterstrich die Hauptverantwortung Russlands für die Anbahnung, Fortsetzung und Durchführung des Konflikts in der Ostukraine; sie bezeichnete die russische Einmischung in der Ukraine sogar als Teil eines umfassenderen Musters der Aggression gegenüber anderen Staaten und als Beweis für Moskaus Herausforderung der Grundprinzipien der internationalen Ordnung.

Aus diesen Gründen vertrat die Trump-Administration die Auffassung, dass die USA der Ukraine helfen sollten, sich selbst zu verteidigen, und Russland sowohl durch Sanktionen als auch durch diplomatische Isolierung (z. B. durch die Mitgliedschaft in der G7) bestrafen sollten. Merkwürdigerweise tauchen Schattierungen dieses Gedankengangs auch heute noch gelegentlich in Trumps „Truth Social“-Ausbrüchen auf. Trump scheint sich nicht bewusst zu sein, dass er mit der Ukraine eine Büchse der Pandora als Vermächtnis mit sich herumträgt.

Die zweite Option besteht heute darin, Trumps Unzufriedenheit über Russlands vermeintliche Unnachgiebigkeit beim Diktieren der Bedingungen für eine Lösung und sein angebliches Desinteresse an Friedensgesprächen zu vermitteln. Trump deutete sogar Russlands versteckte Absicht an, die Ukraine zu erobern. Trump deutet an, Russland sowohl durch Sanktionen als auch durch Waffenlieferungen an die Ukraine zu bestrafen. Die [provokante Ankündigung](#) des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz, Zelensky Langstreckenwaffen zu liefern, wurde wahrscheinlich von einigen Personen in Trumps Team genehmigt. Schließlich ist Merz an der Wall Street kein Unbekannter.

Dies ist jedoch ein Rezept für eine äußerst gefährliche Konfrontation zwischen der NATO und Russland. Wenn deutsche Langstreckenraketen auf Russland treffen, wird Russland in einer Weise zurückschlagen, die die Einsatzbereitschaft der NATO in einem hypothetischen Krieg möglicherweise [lähmen könnte](#). Der weißrussische Staatssekretär im Sicherheitsrat, Alexander Wolfowitsch, sagte, das Raketensystem Oreshnik solle „bis Ende des Jahres in Weißrussland stationiert werden. Die Standorte für seine Stationierung wurden bereits festgelegt. Die Arbeiten sind im Gange.“ Das Gespenst des Dritten Weltkriegs mag ein wenig weit hergeholt erscheinen, aber Trump wird die

Gefahren des Aufstiegs auf der Eskalationsleiter bedenken müssen, der seine MAGA-Präsidentschaft zerstören könnte.

Washington hat keine Mittel, um den Kreml einzuschüchtern. Unterm Strich bleibt Trump eigentlich nur eine dritte Option, die am wenigsten schlechte – nämlich sich zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Ukraine-Konflikt zurückzuziehen und zurückzukehren, wenn der Krieg verloren bzw. gewonnen ist, möglicherweise bis Ende des Jahres. Dies wird Trumps Ruf nicht schaden.

Trump könnte sich bereits als „friedensstiftender Präsident“ beweisen, wenn die Gespräche zwischen den USA und dem Iran, die anscheinend Fortschritte machen, zu einem Atomabkommen führen. Außerdem braucht die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Russland mehr Zeit, um in Gang zu kommen. Der von Senator Lindsey Graham eingebrachte [Gesetzesentwurf](#) über harte Sanktionen gegen Russland, der im Senat 81 Mitunterzeichner hat, zeigt, dass Russland in der US-Innenpolitik ein sehr giftiges Thema ist.

Auch die Gespräche zwischen Russland und der Ukraine sind nur ein Weg. Die Russen haben Trumps Team dafür sensibilisiert, dass Moskau zwar mit Kiew verhandelt, die eigentliche Ursache des Krieges – das Fehlen einer europäischen Sicherheitsarchitektur – aber immer noch nicht beseitigt ist, was nur Russland und die USA gemeinsam schaffen können. Die USA sollten sich nicht vor ihrer Verantwortung drücken, da sie sowohl der ursprüngliche Anstifter der NATO-Osterweiterung als auch der Sponsor des Ukraine-Krieges sind.

Die Reaktion des US-Sondergesandten für die Ukraine, Keith Kellogg, war positiv, als er in einem Interview mit ABC News [erklärte](#), die USA hätten Verständnis dafür, dass es für Russland eine Frage der nationalen Sicherheit sei, wenn die NATO keine neuen osteuropäischen Länder mehr in ihre Reihen aufnehme – also nicht nur die Ukraine, sondern auch Moldawien und Georgien.

Kellogg sagte, er halte die Bedenken der russischen Seite für berechtigt. Er schloss nicht aus, dass in den Verhandlungen zwischen den USA und Russland eine Einigung erzielt werden könnte. Dies ist ein großer Schritt nach vorn.